

# Die Energiewendebremser

Wie eine Gruppe von CDU-Politikern, Unternehmern, Beamten und Lobbyisten den Kampf gegen die Klimakrise immer wieder blockiert VON SUSANNE GÖTZE, ANNIKA JOERES, MARKUS KATER UND PETRA PINZLER

**W**ie gefährlich ein Windrad in ihrer Nachbarschaft werden kann, wurde Patricia Fromm vor ein paar Wochen klar. Sie hatte im Dorfladen Wies im kleinen Wiesental im Schwarzwald Broschüren auslegen wollen. Darin wird erklärt, wie mehr Strom durch Wind oder Sonnenstrahlen erzeugt werden kann. Im Laden aber warnte man sie: Sie wolle doch nicht, dass sich die Leute im Dorf die Köpfe einschlagen.

Fromm ist Touristenführerin, oft schon hat sie Urlauber durch den Schwarzwald geführt, hat mit ihnen die weite Sicht über die Berge bewundert. Niemand habe sich an den Windrädern gestört, die seit fast einem Jahrzehnt schon auf einigen entfernten Gipfeln stehen, sagt Fromm. Auch im Dorf sei die Stimmung entspannt gewesen, es habe zwar immer ein paar Gegner, aber auch viele Befürworter gegeben. Doch nachdem die im Flächennutzungsplan schon länger ausgewiesenen Standorte für die Räder dann genutzt werden sollten, tauchten Stellwände auf. Zu sehen waren Bilder der Berge, in die überdimensionierte Rotorblätter hineinmontiert waren. Vermieter von Ferienwohnungen wurden in Briefen gewarnt, dass neue Windräder die Touristen vertreiben würden. Die Initiatoren für eine Bürger-Windenergie wurden in anonymen Schreiben beschimpft, in der Lokalzeitung warnten Anzeigen vor dem »Windrad-Wahnsinn« im Schwarzwald.

Man könnte den Streit im Schwarzwald für ein lokales Kräftenessen halten – zwischen ein paar Klimaschützern und einigen Windradgegnern. Doch es geht um mehr. Was dort passiert, zeigt exemplarisch, warum der Kampf gegen die Klimakrise trotz aller Versprechen der Bundesregierung an vielen Orten so schleppend vorangeht, warum trotz aller Klima-Rhetorik immer noch so wenig Strom mit Solaranlagen und Windrädern erzeugt wird. Der Streit führt zu einem einflussreichen Netzwerk aus Politikern (darunter auffallend viele Christdemokraten), Ministerialbeamten, Lobbyisten und Unternehmern. Es ist ein Netzwerk, das auf ganz vielfältige Art und an ganz unterschiedlichen Stellen erfolgreich bremsen – wenn die Energiewende in Deutschland konkret werden soll.

Die erste Spur führt aus dem Schwarzwald zu Martin Herrenknecht, dem Gründer und Vorstandsvorsitzenden der Herrenknecht AG. Der baden-württembergische Unternehmer war es, der die Anzeigen in der *Badischen Zeitung* schaltete. Er wolle »Natur ohne dieses Getöse« und ohne diese »Scheißwindrädchen«, sagte er *Bild Live*. Der *ZEIT* schreibt er, er halte die Windkraft an Nord- und Ostsee und den Bau von Energietrassen von Nord- nach Süddeutschland für einen »sinnvollen Teil der Energiewende«. Doch er sei »bekennender Gegner inflationär angesiedelter Windkraft im Schwarzwald«.

Herrenknechts Unternehmen baut Maschinen, die in der ganzen Welt Tunnel buddeln. Beispielsweise die Trans Adriatic Pipeline, die mithilfe von Vortriebsmaschinen seines Unternehmens entstand und durch die Gas aus Aserbaidschan nach Italien fließt. Das Unternehmen verdient Geld auch mit der Energiewende, obwohl das, wie die Herrenknecht AG mitteilt, »medial überschätzt« werde. Und auch nur, wenn der grüne Strom nicht vor Ort in Baden-Württemberg produziert wird. Mithilfe eines seiner Bohrergeräte für die »Verlegung von Kabelschutzrohren« entsteht gerade eine Energietrasse, die Ökostrom von Offshore-Parks im Norden in den Süden transportieren soll. Das wirtschaftliche Interesse und die private Abneigung des Herrn Herrenknecht passen also wunderbar zusammen.

Damit Tunnel gebaut, Röhren verlegt oder Windräder nicht aufgestellt werden können, braucht es politische Entscheidungen. Herrenknecht hat sich über viele Jahre hinweg ein politisches Netzwerk aufgebaut, das seinesgleichen sucht. Mit dabei sind mächtige alte Männer, die höchste politische Ämter innehatten oder -haben. In seinem Aufsichtsrat sitzt der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, der zugleich im Aufsichtsrat der russischen Rosneft arbeitet. Ebenfalls Aufsichtsrat ist der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident und Ex-EU-Kommissar Günther Oettinger. Der hatte sich, als er in Brüssel war, für den Bau der Trans Adriatic Pipeline starkgemacht. Herrenknecht kennt auch den russischen Honorarkonsul Klaus Mangold und den Nordstream-Chef Matthias Warnig, wie Letzterer hat er von Putin einen Orden verliehen bekommen.

Besonders tief ragt sein Netzwerk in die CDU hinein. Herrenknecht verfügt über Kontakte ins Kanzleramt, in die Bundestagsfraktion und den Wirtschaftsrat der CDU, einen parteinahen Lobbyverband. Interessant sind besonders die, die sich in Berlin und Brüssel an entscheidenden Stellen um die Energiepolitik kümmern: Männer wie der ehemalige energiepolitische Sprecher der CDU-Bundestags-

raktion Joachim Pfeiffer, der kurz nach Recherchen der *ZEIT* wegen seiner Nebentätigkeiten von seinem Sprecheramt zurücktrat. Oder Georg Nüßlein, der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag (auch er ist zurückgetreten), oder wie der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Thomas Bareiß, der sagt, er vermöge nicht zu beurteilen, ob der Mensch den Klimawandel vollständig verursache. Diese Männer eint eine tiefe Skepsis gegenüber einem zu schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland. Und dazu kommt dann bei einigen noch eine große Unbefangenheit gegenüber zweifelhaften Regierungen, die Geld mit fossilen Energien verdienen, wie im Fall Aserbaidschans – auch wenn das heute niemand mehr zugibt, seit das Land wegen dubioser Geschäfte mit CDU-Politikern in die Schlagzeilen geraten ist.

Der Südwesten der Republik ist ein Schwerpunkt der Aserbaidschan-Connection. Auffällig viele Politiker mit Verbindungen nach Baku kommen aus »Baku-Württemberg« (*Badische Neueste Nachrichten*). CDU-Bundestagsabgeordnete wie Axel Fischer, dessen Immunität der Bundestag aufgehoben hat, weil gegen ihn der Verdacht besteht, Schmiergeld aus Aserbaidschan angenommen zu haben. Oder der

wegen der Maskenaffäre zurückgetretene Nikolas Löbel (CDU). Oder Joachim Pfeiffer, der 2018 auf einem Symposium auftritt, das von der aserbaidschanischen Ölfirma Socar gesponsert wurde. Oder Thomas Bareiß (CDU), der auf Einladung einer Lobbyfirma in das vorderasiatische Land reist und 2018 der »Key-Speaker« des 1. Deutsch-Aserbaidschanischen Wirtschaftsdialogs ist – den Herrenknechts Firma mitsponserte. Jener Herrenknecht, dessen Unternehmen auch an der Pipeline mitbaut, die heute Öl aus Aserbaidschan nach Europa bringt, und der Anzeigen gegen Windräder schaltet.

An dieser Stelle muss etwas Grundsätzliches betont werden: Dass sich Männer aus Politik und Wirtschaft treffen, auch dass Unternehmer auf politischen Konferenzen auftreten, mit Ministern auf Auslandsreisen gehen und Politiker wiederum die Unternehmen besuchen, ist an sich nicht anrüchig. Das gehört zum politischen Alltag. Wenn allerdings politische und monetäre Interessen so gut zusammenpassen wie im Fall von Aserbaidschan, ist das zumindest interessant. Das gilt umso mehr, als Deutschland offiziell aus den fossilen Energien aussteigen will – Energiepolitiker der CDU den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Heimat aber oft behindern.

Im Dezember 2020, am dritten Adventswochenende, schalten sich sechs Politiker digital zusammen. Dabei sind zwei Bundestagsabgeordnete der CDU, einer von der CSU und drei Sozialdemokraten, im Hintergrund hören Staatssekretäre und Mitarbeiter zu. Es wird ein langes Gespräch. Wieder einmal soll das EEG reformiert werden, das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Seit seiner Einführung im Jahr 2000 ist es von fünf auf 154 Seiten angewachsen. Es ist heute eine verwirrende Sammlung von Sonderregeln für alle möglichen Spezialinteressen. Eigentlich soll es in diesem Dezember darum gehen, die Ziele für den Ausbau von Solar- und Windstrom zu steigern. Die SPD-Vertreter drängen, doch die CDU blockiert. Dafür kommen Vorschläge, von denen Unternehmen profitieren – auf Kosten der Steuerzahler.

Joachim Pfeiffer, damals noch energiepolitischer Sprecher der CDU, bringt eine Idee vor, zum »Scheibenpachtmodell«. Teilnehmer der Runde berichten, dass der Mann bei den Verhandlungen eher lustlos war, sich bei dieser Sache aber stark engagiert: Es ging darum, Unternehmen vor Nachzahlungen in Milliardenhöhe zu schützen. Jahrelang hatten sich eine ganze Reihe von Unternehmen durch dieses spezielle Steuermodell vor der EEG-Umlage

gedrückt: Sie pachteten einfach einen Teil eines Kraftwerkes und wurden so – rein fiktiv – zu Selbstversorgern. Dadurch mussten sie die Umlage nicht zahlen, die für Privathaushalte oder Gewerbetreibende mit der Stromrechnung anfällt. Es geht dabei nicht um Peanuts. Die Einsparungen durch den sogenannten Eigenverbrauch betragen laut Schätzungen rund fünf Milliarden Euro.

Eigentlich hatte die Regierung bereits 2017 das Gesetz geändert, um die Vorzugsbehandlung zu stoppen. Viele Unternehmen zahlten daraufhin, einige aber nicht, sie hofften auf die Großzügigkeit der Politik. Zu Recht, wie sich an diesem Dezemberwochenende zeigen sollte. Denn da rutscht in Paragraf 104 ein neuer Passus ins EEG. Unter »Weitere Übergangsbestimmungen« steht dort nun zusammengefasst: Statt nachzuzahlen, können die Unternehmen einen Vergleich schließen. Faktisch ist das eine Amnestie für Steuerstrafen.

Pfeiffer schreibt dazu auf Anfrage, dass eine »Gesetzesänderung zum »Scheibenpachtmodell« auch vom Bundesrat gefordert wurde und auch auf Betreiben der SPD erfolgt« sei. Mit der Änderung sei »als Kompromiss eine verträgliche Lösung für die Unsicherheiten der Vergangenheit gefunden« worden. Doch hätte man die Sache nicht weniger kostspielig gestalten können?

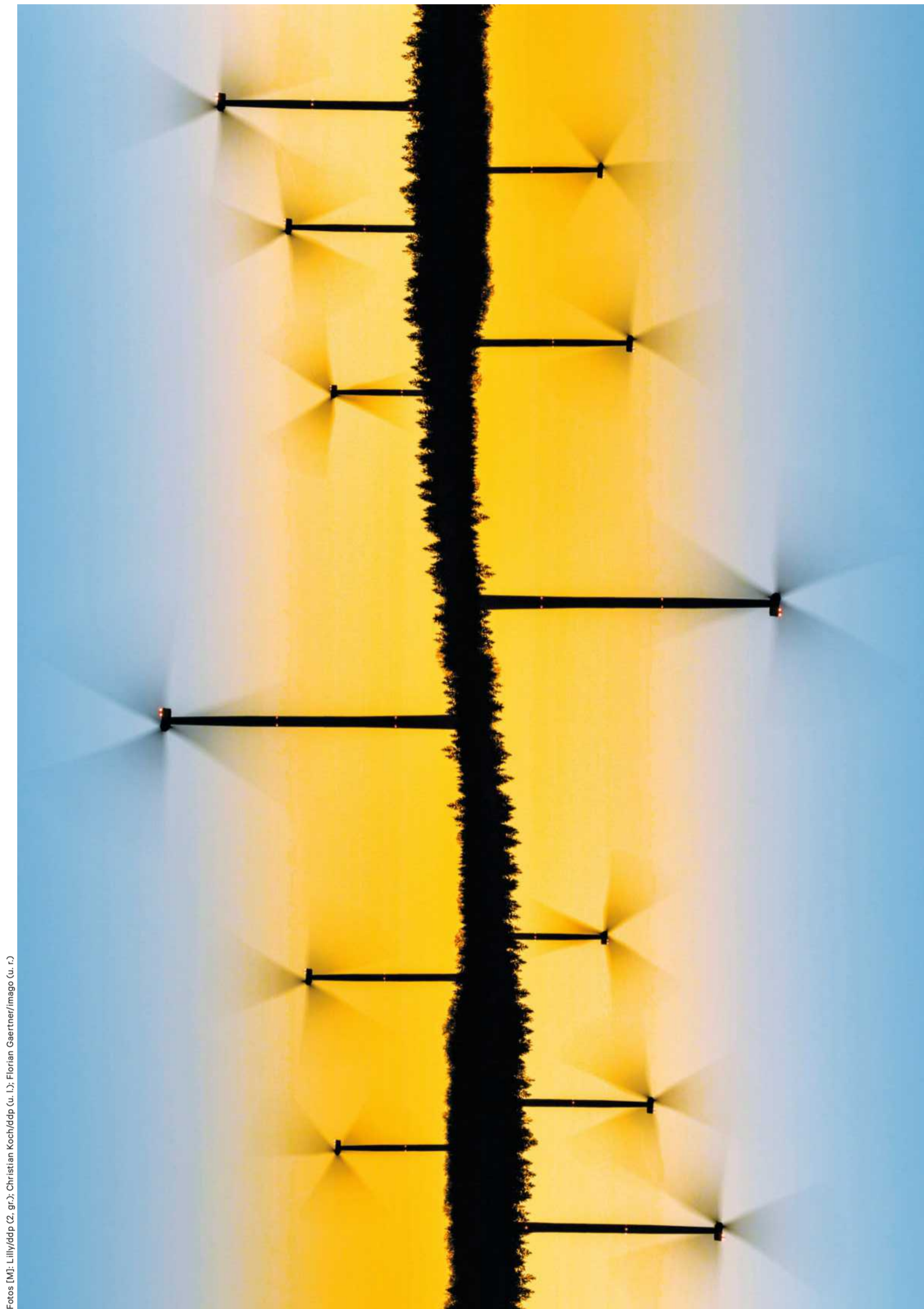
Sein Kollege Nüßlein, gegen den wegen seiner Verstrickung in die Maskenaffäre ermittelt wird, hat an dem Wochenende mehr Interesse an Paragraf 100, Abschnitt 7. Nüßlein selbst will sich zur Sache nicht äußern, er verweist schriftlich auf den zuständigen CSU-Kollegen Andreas Lenz. Es geht um eine Sonderzahlung von drei Cent pro Kilowattstunde für kleine Wasserkraftwerke. Die Summe klingt unspektakulär. Aber erstens besitzt Nüßlein ein Wasserkraftwerk, wie übrigens auch sein CSU-Kollege, Ex-Verkehrsminister Peter Ramsauer. Und zweitens sind das 24 Prozent mehr als bisher. Über so eine Gehaltserhöhung wären Arbeitnehmer ziemlich froh.

Nüßlein und Pfeiffer nahmen über Jahre hinweg eine Schlüsselrolle in der deutschen Energiepolitik ein. Bundeskanzlerin Angela Merkel konnte zwar mehr Klimaschutz verkünden, aber was in Deutschland wirklich passierte, entschieden oder verhindert andere wie Nüßlein und Pfeiffer und einige Gleichgesinnte. Im Maschinenraum der Politik waren sie wie Sand im Getriebe.

Und sie hatten und haben Verbündete im Wirtschaftsministerium. Im September 2019, während Fridays for Future Hunderttausende zu Demonstrationen für mehr Klimaschutz auf die Straße bringt, tritt dort Stephanie von Ahlefeldt ihren Posten an, sie leitet nun die strategisch wichtige Abteilung III, »Energiepolitik – Strom und Netze«. Die Ökonomin ist eng vernetzt mit dem Wirtschaftsflügel der Union. Zuvor hat Ahlefeldt im Bundestagsbüro des Unionsfraktionsvize Carsten Linnemann gearbeitet, er ist zugleich Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT). Im Ministerium haben Pfeiffer, Bareiß und Linnemann den Spitznamen »Bermudadreieck der Energiewende«, weil sie einen schnellen ökologischen Umbau der Energieversorgung immer wieder verzögern, vertagen oder verhindern. So wie in jenem Herbst, als die Bundesregierung ein milliarden-schweres Klimaschutzpaket verabschiedet. Denn im Wirtschaftsministerium arbeitet Ahlefeldt bereits am Kleingedruckten.

Schon wenige Wochen nach ihrem Amtsantritt schafft es eine zentrale Forderung der Windkraftgegner ins Klimapaket: Erstmals will das Wirtschaftsministerium bundesweit einen Mindestabstand von 1000 Metern zwischen Windrädern und Wohnhäusern festlegen – also weit mehr, als in vielen Bundesländern Mülldeponien, Kraftwerke oder Güllager von Siedlungen entfernt sein müssen. Plötzlich ist auch die geplante Beschleunigung von Genehmigungsverfahren aus dem Gesetzentwurf verschwunden. Eine groß angekündigte Beteiligung von Kommunen an den Gewinnen der Windräder (zur Steigerung der Akzeptanz) wird im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens freiwillig statt verpflichtend. Und es soll weniger erneuerbarer Strom gefördert werden, als nötig wäre, um die Klimaziele zu erreichen.

Die Gegner der Windkraft haben einen weiteren wichtigen Verbündeten im Wirtschaftsministerium: Nikolai Ziegler. Ziegler ist Gründer und Vorsitzender von »Vernunftkraft«. Der Verein hat sich dem Kampf gegen Windräder verschrieben. Er unterstützt Bürgerinitiativen und vermittelt auch spezialisierte Anwälte. Ziegler arbeitet seit 2010 im Haus von Peter Altmaier, über den genauen Aufgabenbereich will die Pressestelle nichts verraten. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender von »Vernunftkraft« aber reicht er Stellungnahmen zu laufenden Gesetzen ein. Auch im Schwarzwald ist der Verein aktiv. Dessen lokaler Vorsitzender saß beim *Bild-Live*-Video mit Herrenknecht mit am Tisch.



Windräder in Baden-Württemberg

Fotos (v.l.): Lilly/dpa (2. gr.), Christian Koch/dpa (u. l.), Florian Geartner/Imago (u. r.)

Der Unternehmer Martin Herrenknecht will keine Windräder im Schwarzwald



Der Politiker Joachim Pfeiffer war lange für die Energiepolitik der CDU zuständig